Dr. Wilh. Bondriot

Pfarrer

Offenbach a. Main

Herrnstraße 66

Abgriff

Offenbach, den 18. Dezember 1934

An den

Moderator des Reformierten Bundes für Deutschland,

Herrn Studiendirektor Pastor D. H e s s e ,

Wuppertal - Elberfeld

Herrnstr. 40

Sehr geehrter Herr Pastor Hess!

Sie haben gemeinsam mit Bruder

Immer an die Gemeinden des Bundes die Aufforderung gerichtet, Ihr

Schreiben an das Reichsministerium für Volksbildung pp durch

eine Zustimmungserklärung in Sachen Solidaritätserklärung mit Prof.

Dr. Karl Barth in der Frage des Beamteneides zu unterstützen.

Ich muß nun gestehen, daß ich zwar den allgemeinen Sinn dieser

Aktion durchaus billige, auch die darin vertretene schriftgemäße

Bildungsauffassung, daß mir aber andererseits ein Gesichtspunkt nicht

genügend Rechnung getragen scheint, der auch hätte zur Sprache kom-

men müssen, wenn dem Staat in dieser Sache das Recht werden sollte,

das ihm zweifellos gebührt.

Es ist dies die Frage nach dem Verhältnis von Eidesformel und

innerer Tragweite derselben. Ich persönlich habe sowohl am 16. Sep-

tember in einer persönlichen Erklärung von der Kanzel wie auch am

23. September noch einmal mit der der Bekenntnisrede jeden inner-

kirchlichen Dienstes abgelehnt, weil aus diesem Eid, gleich welche

Formel gewählt wurde, nur Gewissensverwirrung entstehen konnte. Ich

habe dagegen als zulässig erklärt, für den Fall, daß der Staat (das

Reich) von den Inhabern eines öffentlichen kirchlichen Amtes einen

Treueid gegenüber dem Staate verlange; daß ein solcher zu Händen

eines vom Reiche beauftragten staatlichen Stelle abgelegt werde, -

im alleräußersten Falle sogar mit der Formel des heutigen Beamten-

11. Dezember, den 18. Dezember

Handwritten signature

11. Dezember, den 18. Dezember

11. Dezember, den 18. Dezember

eides, vorausgesetzt nur, daß der Sinn dieses Eides der staatsrechtlich übliche und erlaubte sei, den Staat gegenüber einem Mißbrauch des öffentlichen Predigtamtes zu schützen, der immerhin denkbar ist. Ich hatte auch an Bruder Kolihaus in dieser Sache ausführlich geschrieben und ihm anheimgestellt, meinen Brief als solchen oder mit-
teilbar in der Kirchenzeitung zum Abdruck zu bringen. Das ist wohl deshalb unterblieben, weil die Eidesfrage für die Pastoren alebald erledigt schien. Hätte ich aber gewußt, daß der Fall Karl Barth schon tatsächlich schwebte, so würde ich doch wohl versucht haben, das öffentlich zu sagen, was jetzt zu spät zu kommen scheint.

Mit Recht wies unser Bruder Prof. Goeters daraufhin, daß man dem Staate nicht eine persönliche Eidesformel vorschreiben kann, weil es möglich ist, ^{in allgemeinen} dieser Formel Konzeptionen zu unterstellen, die allerdings in der Luft zu liegen scheinen, gleichwohl aber für niemand so greifbar sind, daß er sie in ihrem vollen Umfange gerichtlich er-
 härten könnte. Er sagte mit Recht, es müsse in solchen Fälle abge-
 wartet werden, ob mit Berufung auf die Gehorsamspflicht aus diesem Eide Unirregbares ausgenutzt werde; erst dann könne man handeln.

Mir sind Fälle vorgekommen, wo Beamte unter Hinweis auf ihren Beamteneid, - freilich erfolglos - genötigt werden sollten, sich von der Bekennniskirche zurückzuziehen. Die Nötigung geschah von Stellen, die aus sich handelten und darum entsprechend zurückgewiesen werden konnten. Schon aus diesem Grunde könnte ich, da es sich teilweise um Glieder unserer eigenen Gemeinde handelt, nicht mit gutem Gewissen bezeugen: "Die Entscheidung eines jeden evang. Christen in Deutschland kann auf Grund der Bindung an Gottes Wort nicht anders ausfallen, als wie sie von Prof. D. Karl Barth getroffen wurde". Es ist einfach Tatsache, daß andere evangelische Christen in der Eidesfrage anders als Prof. Barth gehandelt haben, ohne damit der Sache nach anders gehandelt zu haben.

Weiter muß ich geltend machen, was ich zu Detmold im Gespräch

mit vielen Brüdern als für den Staat unerträglich erklärte: Daß in Deutschland ein förmlicher konfessioneller Zusatz zur Formel des staatlichen Beamteneides verlangt werde! Wenigstens habe ich nach dem Maß von Unterrichtung, das mir bis heute zu Gebote stand, die Sache so verstehen müssen, daß Prof. Barth nicht wie Prof. Goeters sich mit einer protokollarischen Erklärung bei der Eidesleistung begnügen konnte, sondern eine förmliche Entscheidung allgemeinverbindlicher Art hat herbeiführen wollen. Und dies scheint mir auch der Sinn Ihres Schrittes beim Kultusminister zu sein: daß eben jedem evangelischen Christen in Deutschland die gleiche Haltung vor der Ablegung des Beamteneides von Gottes Wort her auferlegt sei. Mindestens ist es schwer, diese Folgerung zu vermeiden, wie mir scheint, da es in Punkt 3 heißt: Nicht anders ..., als wie sie von Prof. D. Karl Barth getroffen wurde". Es wird hier nicht auf eine Willensmeinung bezuggenommen, sondern auf einen bestimmten Akt, die tatsächliche Forderung eines, wie ich mangels besserer Unterrichtung sehe, allgemein zulässigen konfessionellen Vorbehalts.

Diese Forderung scheint allerdings in dieser Form vom wohlverstandenen Rechte des Staates her nicht tragbar. Deutschland ist wie kein anderes Land als "eich auf konfessionelle Parität gegründet, und was einem evangelischen Beamten zugestanden werden müßte, könnte keinem katholischen verweigert werden. Nun bedeutet ein derartiger Vorbehalt für den Katholiken etwas ganz Anderes, nämlich das Recht, sich auf dem Wege über den zuständigen Beichtvater von Rom her Direktiven über die Ausübung seiner Beamtenpflicht geben zu lassen. Unmöglich kann ein Staat, der nicht katholische Staatsreligion hat, dergleichen aufkommen lassen. Daher kann er aber auch nicht einen evangelischen Sondervorbehalt öffentlichen Rechtes werden lassen.

Man kann doch unmöglich einen Beamteneid für schwerer halten

als den Fahneneid, den wir als "leiblichen Eid" einst dem König von Preußen geschworen haben. Der Fahneneid schloß ganz andere Ausdrücklichkeiten an Gehorsampflicht in sich, und dennoch war niemanden ein Zweifel darüber, daß dieser soldatische Gehorsam nicht auch vor unsittlichen Forderungen seine Grenze habe. Man mußte es aber darauf ankommen lassen, ob solche wirklich gestellt würden, und im Falle des Falles unbeirrt tun, was das Gewissen gebot.

Ich sehe auch nicht, wieso der Beamteneid auf die Person des Führers und Kanzlers einen Kadavergehorsam in sich schließen soll. Auch in einer Demokratie können auf Grund eines Beamteneides Ansinnen an Beamten gestellt werden, die nicht zu erfüllen sind, namentlich in revolutionären Zeiten. Ich meine nun gerade dies von Calvin aus Gottes Wort gelernt zu haben, daß alle beamteten Persönlichkeiten an ihrem Teil berufen sind, die Gesetze hochzuhalten, und wo solche im Einzelfalle versagen, den Geist wahrer staatlicher Gesetzmäßigkeit, indem sie sich weigern, ihr Amt mißbrauchen zu lassen, falls an sie ein mit Gottes Wort positiv unvereinbares Ansinnen gestellt wird. Die gebotene Ehrfurcht vor den dem Beamten geordneten oberen staatlichen Autoritäten gebietet jedoch, gerade in einer Zeit des Überganges, nicht Verwirrung in die Staatsverwaltung zu bringen, indem sie allgemein einen konfessionellen Sondereid in einem nichtkonfessionellen Staate verlangen.

Ich habe alles und jedes Verständnis dafür, wenn Prof. Barth für seine Person geglaubt hat, einen solchen Vorbehalt erheben zu sollen, - falls damit nicht ausgesprochen werden sollte, daß andere evangelische Mitchristen im gleichen Falle bei andersartigem Verhalten gegen Gottes Wort gefehlt, mindestens ihm etwas vergeben hätten. In diesem Sinne habe ich auch Prof. Barths kurze Äußerung in Detmold aufgefaßt und meine brüderliche Hochachtung vor ihr gehabt.

Ebenso habe ich alles Verständnis dafür, daß man das wahre

schriftgemäße Anliegen, das dem Verhalten Karl Barths zugrunde liegt, in Einmütigkeit des Geistes der für ihn zuständigen staatlichen Stelle bezeugt, damit die brüderliche Gesinnung auch gegenüber einem kühnen Einzelgänger zu ihrem Rechte kommt, vor allem damit ein falscher politischer Verdacht ausgeräumt werde.

Dies hätte sich aber tun lassen, ohne das zweifellose von Gott geordnete Hoheitsrecht des heutigen Staates zu verdunkeln, wie Punkt 3 Ihres Schreibens an den zuständigen Reichsminister allerdings zu tun scheint. Artikel 40 der in unserer Gemeinde geltenden Confessio Gallicana sagt mit großem Ernst:

"Wir halten also dafür, daß man ihren (der Obrigkeiten) Gesetzen und Verordnungen gehorchen, die Steuern, Abgaben und anderen Auflagen entrichten, und mit gutem und freiem Willen das Joch des Gehorsams tragen müsse, auch wenn sie unglücklich wären, wenn nur das unabhängige Reich Christi unverletzt bleibt. Deshalb verwerfen wir diejenigen, welche die Obrigkeit verwerfen, Gemeinschaft und Verwirrung der Güter verlangen und die Ordnung des Rechtes umstoßen wollen".

Dies Bekenntnis ist von Calvin entworfen und zu einer Zeit, 1559, von der reformierten Kirche Frankreichs aufgestellt worden, wo die organisierte Rechtsverfolgung die höchste Grausamkeit erreichte. Sehr lehrreich wäre es, näher auf den alsbald danach sich vollziehenden Fall eines der berühmtesten calvinischen Märtyrer zu kommen, des Parlaments-~~Rechtsanwälters~~ Anne Du Bourg, der am 23. Dezember 1559 hingerichtet wurde. Es ließe sich viel daraus lernen, wie ernst die Schüler Calvins diesen Artikel von Anfang bis zu Ende genommen haben.

Um es noch einmal kurz zu formulieren:

Ich kann es zu Punkt 3 Ihres angezogenen gemeinsamen Schreibens nicht für richtig halten, wenn

1.) einer allgemeinen Beamteneidformel a priori durch Erhebung eines allgemein verstandenen Sondervorbehalts Ungesetzlichkeiten unterstellt werden,

2.) wenn einem nichtkonfessionellen Staat ein allgemeiner konfessioneller Vorbehalt seitens der Beamten zugemutet werden soll.

- 6 -

Falls ich in diesen Dingen ganz oder teilweise irren sollte, bitte ich herzlichst um brüderliche Belehrung. Einstweilen jedoch kann ich die Dinge nur so ansehen, wie ich sie aus Gottes Wort nach Anleitung unseres Bekenntnisses sehe, und wie ich sie auch, was die staatsrechtliche Seite anlangt, nach meiner eigenen Eideserfahrung als Soldat und Offizier, sowie nach Rücksprache mit hinreichend geschulten Juristen ansehen muß. Infolgedessen kann ich zu meinem herzlichen Bedauern die Angelegenheit vorläufig unserem Presbyterium nicht vortragen, das mit mir einer Meinung sein würde, und in dessen Namen, soweit Vorbesprechungen stattgefunden haben, ich gleichfalls diese meine Bedenken geltend machen muß.

Abschriften dieses Schreibens gehen an die Herren Pastor Karl Immer und Professor D. Karl Barth.

Mit herzlichsten Grüßen -

wie immer Ihr

M. Luedrich.

Kopfrift an

von Professor D. Karl Barth -

Lohn 1/11.